

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

N^o. 97.

Sonnabend, den 19. August

1882.

Erlaß,

Volksbibliotheken betreffend.

Diejenigen Gemeinden des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks, welche im laufenden Jahre um eine Staatsbeihilfe zum Zwecke der **Begründung** oder **Erweiterung** einer Volksbibliothek nachzusuchen beabsichtigen, haben die bezüglichen Gesuche bez. unter Darlegung des Standes der bestehenden Bibliothek und deren Verwaltung, sowie unter Angabe der von der Gemeinde zu Zwecken der Bibliothek zur Verfügung gestellten Mittel bis

zum 1. October 1882

anher einzureichen.

Später eingehende Gesuche können für dieses Jahr keine Berücksichtigung finden.

Wenn seither nur ein kleiner Theil der Gemeinden hiesigen Bezirks zur Begründung von Bibliotheken sich entschlossen hat, so steht die königliche Amtshauptmannschaft nicht an, die Gemeinden wiederholt auf die Bedeutung der Volksbibliotheken mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, daß das von dem königlichen Cultus-Ministerium über diesen Gegenstand herausgegebene Schriftchen durch die Kanzlei der königlichen Amtshauptmannschaft bezogen werden kann.

Schwarzenberg, am 16. August 1882.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. v. Wirsing.

St.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß an Stelle des verstorbenen Todtengräbers Carl Traugott Wappler

der **Schuhmacher Carl Richard Unger** von hier

nach Gehör des hiesigen Kirchenvorstands zum **Todtengräber** gewählt worden ist, diese Wahl die Bestätigung der königlichen Kircheninspection für Johanngeorgenstadt gefunden hat, und Unger heute in Pflicht genommen und in sein Amt eingewiesen worden ist.

Gleichzeitig ist derselbe zum **Verwalter des hiesigen Armenhauses** bestellt und als solcher verpflichtet worden.

Johanngeorgenstadt, den 15. August 1882.

Der Stadtrath.

Bohmann.

Auction.

Montag, den 21. August 1882, Vorm. von 10 Uhr an

sollen im Mäckel'schen Hause Nr. 381 allhier — Schwarzwinkel — mehrere zu einem Nachlaß gehörige **Wirthschaftsgegenstände**, insbesondere **Tische, Stühle, Schränke, 1 Kinderstuhl, 1 Wiege** etc., meistbietend versteigert werden.

Schönheide, am 18. August 1882.

Gustav Haupt, Ortsrichter.

Die Großmächte und die Botschafter-Konferenz.

Die in Konstantinopel zusammengetretene Botschafterkonferenz zur Regelung der ägyptischen Angelegenheit wird in ihren Beratungen eine Pause eintreten lassen. Die höfliche Sprache der Diplomaten verstummt, um einstweilen den Kanonen das donnernde Wort zu lassen.

Wenn gefragt wird, ob die Konferenz bisher ihre Aufgabe zur Zufriedenheit gelöst hat, so wird die Antwort eine bejahende sein müssen. Den Konferenzverhandlungen ist es zu danken, daß aus der ägyptischen Verwickelung keine europäische wurde; Vorbedingungen dazu waren in Hülle und Fülle vorhanden. Gegenwärtig ist man soweit handelskeins geworden, daß England und die Türkei gemeinsam die Ruhe in Ägypten herstellen, d. h. Arabi Pascha bekämpfen werden und wenn es gelingen sein wird, den Rebellen zu besiegen, dann tritt die Konferenz wieder zusammen und verhandelt darüber, was weiter aus Ägypten werden sollte.

Mehr war von der Konferenz nicht zu erwarten, wenn man in Betracht zieht, daß sich in den ägyptischen Wirren ein Faktor vorfindet, der die Autorität der Konferenz durchaus nicht anerkennt: nämlich Arabi Pascha. Dieser störende Faktor muß erst beseitigt werden, ehe die Konferenz weiter arbeiten kann. Allerdings steht ihr der schwierigste Theil ihrer Aufgabe noch bevor; denn die Interessen der Großmächte in Ägypten kreuzen sich vielfach. Abgesehen von den Zinsverpflichtungen des Pharaonenlandes, ist es vor allem seine Lage am Suezkanal, dieser hochwichtigen Wasserstraße, welche den Besitz des Landes zu einem sehr werthvollen macht.

England strebt nach diesem Besitz. Es kann für sich geltend machen, daß mehr als drei Viertel des Verkehrs im Suezkanal auf seine Rechnung kommt. Aber ein so mächtiger Besitzer kann seiner Macht genehm sein, selbst Frankreich nicht, dessen Regierung durch das bekannte Kammerbotum dazu verurtheilt ist, die Hände in den Schooß zu legen. Italien hat sich unermüdetlich in Vorschlägen gezeigt, welche darauf abzielen, die widerstreitenden Interessen am Suezkanal zu versöhnen und diese Vorschläge werden voraussichtlich die Grundlage für die weiteren Verhandlungen der Konferenz bilden, wenn diese nach dem englisch-türkisch-ägyptischen Feldzuge wieder zusammentritt. Rußland, das immer Vortheile für sich zu erzielen sucht, sobald die „orientalische Frage“ auf der Tagesordnung steht, unterstützt die Pforte in allen Punkten, wo diese sich England nicht unterordnen will. Diese Unterstützung hat selbstredend ihren Grund nicht etwa in zärtlicher Freundschaft, die Rußland für die Türkei empfindet, sondern in der

Furcht, daß England, wenn es sich in Ägypten festsetzt, aus diesem Lande einen von ihm abhängigen Vasallenstaat und aus dem neutralen Suezkanal ein englisches Gewässer zu machen versuchen wird.

Im allgemeinen ist die englische Politik so ziemlich obenauf. Man hat sowohl der deutschen wie der österreichischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß beide durch übergroße Zurückhaltung das Uebergewicht Englands, das leicht verhängnisvoll werden kann, herbeigeführt hätten, inessen man übersehen dabei, daß das eigentliche Eingreifen der Diplomatie erst dann wieder am Plage sein wird, wenn die Kanonen ihre Arbeit gethan haben und die Konferenz wieder zusammentritt. Dann erst kann über die Zukunft Ägyptens bestimmt werden. Einstweilen schaffen England und die Pforte im Pharaonenlande nur Platz für neue staatsrechtliche Gebilde, nachdem sich die alten überlebt und daher als unzureichend und unzweckmäßig erwiesen haben.

Daß England mit Rücksicht auf seine vielfachen Interessen daselbst und auf seine Kriegskosten etwas günstiger bedacht werden muß, ist wohl klar; daß aber Deutschland und Oesterreich als die am wenigsten beteiligten Mächte die allgemeinen europäischen Interessen nicht gänzlich vor der englischen Krämerpolitik beugen lassen werden, ist ebenso selbstverständlich.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zu der vom Frankfurter Handelsstande angeregten Einführung einheitlicher Postwertzeichen in Deutschland ist zu berichten, daß die bayerischen Handels- und Gewerbetammern sich fast einstimmig dahin ausgesprochen haben, daß die vorgeschlagene Umgestaltung jener Werthzeichen kein dringendes Bedürfnis und darum der Antrag auf eine solche Maßregel abzulehnen sei. Einen befechtigenwerthen Uebelstand erblicken einige der bayerischen Handelskammern nur in der bisherigen Nichtbeförderung von Postkarten, welche mit Reichsstempel in Bayern zur Aufgabe gelangen. Die unterfränkische Handels- und Gewerbetammer hat sich dafür erklärt, Postkarten der bezeichneten Art, sei es als unfrankirte Briefe, sei es mit Strafszuschlag, zur Absendung kommen zu lassen, und die oberfränkische Handelskammer, welche ebenfalls den Antrag der Handelskammern in Frankfurt a. M. verworfen hat, indem sie in die bayerische Regierung das feste Vertrauen setzt, daß diese die politischen und finanziellen Interessen Baierns wahren werde, bezeichnet es doch als dringendes Bedürfnis, den Mißständen im Postkartenwesen abzuhelfen. Hiernach ist auf einen umfassenden Erfolg jener Bestrebungen kaum zu rechnen, da die erwähnten Ansichtäußerungen der bayerischen

Handelskörperschaften als der Ausdruck der in Baiern über diese Frage herrschenden Auffassung zu betrachten sein werden, das Reich aber die bayerischen Reservatrechte, zu denen das Postregal gehört, sicherlich nicht wird antasten wollen.

— In süddeutschen Blättern befindet sich eine Notiz, wonach im Ministerium zu München kürzlich Beratungen über die Anstellung von Militärämtern im Civildienst stattgefunden hätten, und es wird die Besorgnis ausgesprochen, daß es Civilisten künftig schwer werden würde, eine Stellung im subalternen Staatsdienste zu erlangen. Das ist ganz richtig, aber das wird nicht allein in Baiern, sondern auch in allen übrigen deutschen Staaten so sein, denn die Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militärämtern sind vom Bundesrathe für das ganze Reich in den Sitzungen vom 7. und 21. März d. J. festgestellt, und es kann sich bei den Münchener Verhandlungen jetzt nur um die Ausführung derselben gehandelt haben. Nach der Schlussbestimmung der „Grundsätze“ treten dieselben nämlich in Elfaß-Lothringen erst am 1. October 1884, in allen übrigen Theilen des deutschen Reiches aber schon am 1. October des laufenden Jahres in Kraft. Artikel 2 dieser Grundsätze lautet nun: „Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden (jedoch ausschließlich des Forstdienstes) sind, unbeschadet der in den einzelnen Bundesstaaten bezüglichen Bestimmungen der Militärämtern im Civildienste erlassenen weitergehenden Bestimmungen, nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze vorzugsweise mit Militärämtern zu besetzen.“ Daraus ergibt sich, daß es keine Einzelregierung mehr in der Hand hat, die Verwendung von Militärämtern weiter einzuschränken, als die bundesrätlichen Festsetzungen es zulassen.

— Frankreich. Die Bonapartisten haben wieder einmal etwas von sich hören lassen und Frankreich einen neuen Kaiser geschenkt. Am Dienstag fand in Paris eine große Bonapartistenversammlung statt, in welcher der Ruhmredner der Napoleoniden, Cassagnac, vor seinem leichtgläubigen Publikum den baldigen Sturz der Republik weissagte und dann feierlich den Prinzen Victor Bonaparte als „Napoleon V.“ zum Kaiser ausrief. Weitere Väterlichkeiten oder Ruhestörungen kamen nicht vor.

— Am Donnerstag starb in Paris der bekannte General Ducrot im Alter von 65 Jahren. Ducrot wurde 1870 in Metz kriegsgefangen, entfloß aber unter Bruch seines Ehrenwortes und kämpfte gegen Deutschland weiter.

— England. Nach Anhörung des Kriegsministeriums und der Sachverständigen ist nunmehr